

---

**INFORMATIKRECHT (T.BA.XX.ITR.15V/2021.HS)**

**HS 2021**

Einführung  
Informatikrecht



# FAHRPLAN

- ▶ Was erwartet Sie in diesem Modul?
- ▶ Weshalb Recht?
- ▶ Rechtsordnung unter verschiedenen Blickwinkeln
- ▶ Essentials Zivil-, Strafprozess, Verwaltungsverfahren
- ▶ Ihr TakeAway



## EINFÜHRUNG IN DEN MODULABLAUF

- ▶ **Ziel:** Kennen & verstehen elementarer rechtlicher Zusammenhänge im IT-Kontext. Sie sollten verschiedene Vertragsarten & typische Stolpersteine kennen. Grundsätze des Datenschutz- und Haftpflichtrechtes kennen und bei konkreten Fragestellungen anwenden können.
- ▶ **Testat** bei aktiver Teilnahme an mindestens 80% der Lektionen (TBD)
- ▶ Schriftliche **open book** Modulendprüfung, 90 min.
- ▶ **2 ECTS-Credits**

# THEMENFELDER DIESES MODULES

- ▶ Rechtlicher Rahmen/Einführung
- ▶ Verschiedene Arten von IT-Verträgen
- ▶ Privacy/Datenschutz
- ▶ Informatik-/Informations-Sicherheit aus rechtlicher Sicht
- ▶ Social Media
- ▶ IP-Rechte
- ▶ Strafrechtliche Verantwortlichkeit
- ▶ Haftpflichtrecht
- ▶ Hot Topics in der Informatik



## AKTUELLES BEISPIEL: **luucy**

- ▶ Startup hat die Visualisierungs-Plattform „luucy.ch“ entwickelt, damit Immobilienentwickler, Architekten etc. raumbezogene Projekte (Häuser, Quartiere) planen können. Die Plattform benutzt dazu GIS-Daten der öffentlichen Hand, frei verfügbare Geodaten, kostenpflichtige Dienste von Dritten und ermöglicht es, dass die Planer eigene Geodaten in das System einpflegen können.
- ▶ Welche Rechtsfragen stellen sich? Welche Rechtsgebiete sind betroffen? Was muss geklärt werden? Wo sehen Sie Risiken?

## WESHALB RECHT?

- ▶ Social Framework (Orientierung spart Energie)
- ▶ Konfliktmanagement
- ▶ erhält Werte
- ▶ sichert Freiheiten
- ▶ schafft Rahmen zur sozialen Integration
- ▶ schafft gleiche Rahmenbedingungen für alle Marktbeteiligten
- ▶ legitimiert Handlungen staatlicher Organe wie Behörden oder Gerichte
- ▶ Machtkontrolle
- ▶ Zwingt jeden, seinen Willen präzise auszudrücken

## BEDEUTUNG VON „RECHT“ IN EINEM TECHNISCHEN UMFELD (1)

- ▶ „**Recht**“ ist i.d.R. kein enges (manchmal aber schon...) Framework, sondern schreibt nur punktuell „gesellschaftlich“ gewünschte Verhaltensweisen vor.
- ▶ Innerhalb des rechtlichen Frameworks sind die Parteien weitgehend frei, sich technologisch & wirtschaftlich frei zu bewegen.
- ▶ Neue Technologien fordern neue - demokratisch ausgehandelte - Regeln.
- ▶ Beispiele: teil-autonom fahrende Autos, Drohnen, IoT (z.B. Medizintechnik), Funkstandard 5G, KI, Blockchain etc.



## BEDEUTUNG VON „RECHT“ IN EINEM TECHNISCHEN UMFELD (2)

- ▶ Recht als Rahmen des Zulässigen (= **Maximum**) oder des rechtlich Verlangten (= **Minimum**) innerhalb eines (sozialen) Systems
- ▶ Klärung der Verpflichtungen (was), Verantwortlichkeiten (wer) und **Haftung** für die nicht korrekte Erfüllung von Verträgen
- ▶ **Haftung** auch (ausservertraglich) für Schäden, welche technische Systeme verursachen (z.B. fehlerhafte Steuerungssoftware)
- ▶ Industrie-Standards/Best Practices (z.B. ISO-Standards) sind weit verbreitet und sinnvoll, sie ergänzen aber „nur“ das Recht.

## RECHT ALS „RISK MANAGEMENT“

- ▶ Um Risiken zu „handlen“ ist es sinnvoll, sowohl technische („**security by design**“), organisatorische als auch rechtliche Massnahmen zu treffen!
- ▶ Holen Sie sich rechtliche Unterstützung so früh wie möglich! Andernfalls können Projekte in „letzter Minute abgeschossen“ werden!
- ▶ Das Management ist persönlich verantwortlich, die Einhaltung von rechtlichen Vorschriften zu organisieren und zu kontrollieren (Compliance=Dokumentationspflichten)!

## ZENTRALE, (OBLIGATIONEN-)RECHTLICHE FRAGE

1. **WER** will

2. von **WEM**

3. **WAS**

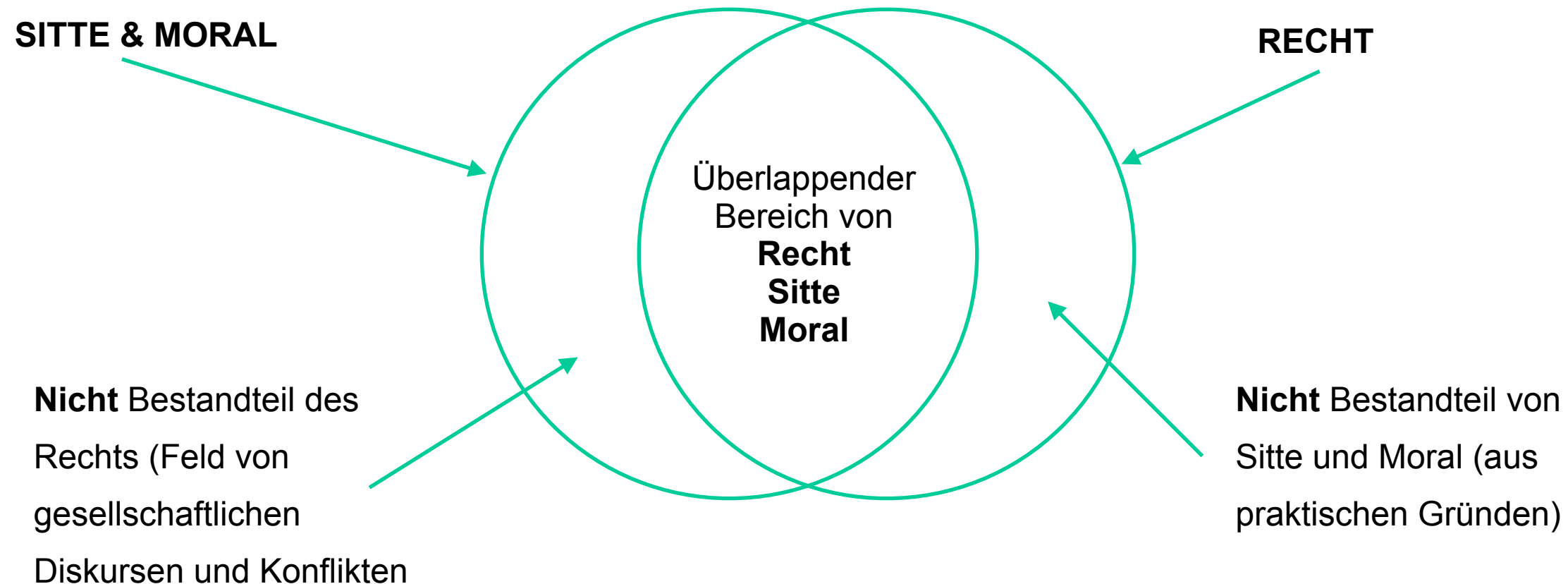
4. **WORAUS ?**

- ▶ Im konkreten Fall stellen sich in diesen Fragen regelmässig weitere rechtliche Unterfragen, welche oft nicht eindeutig (digital mit Ja/Nein) beantwortet werden können... (kulturelle Differenz zwischen „Management“ (legal) und „Tekkies“!)

## SITTE, MORAL, RECHT

- ▶ Sich z.T. überschneidende, sozial gewünschte Verhaltensweisen
- ▶ Recht muss sich veränderten Verhaltensweisen immer wieder anpassen
- ▶ Rechtliche Verbindlichkeit ist in einer vielfältigen, offenen Gemeinschaft für alle einzufordern („grösster gemeinsamer Nenner“)

# SITTE, MORAL & RECHT



Aber: es gibt nicht mehr „eine Sitte“ & eine „Moral“, sondern viele! Was „richtig & falsch“ ist, muss immer wieder neu ausgehandelt werden!

## JURISTISCHE ARGUMENTATION

**Behauptung** wird durch **Grundlage** (Gesetzesartikel) und **notwendigen Beweis** gestützt.

oder

**Gestützt auf Grundlage** (Gesetzesartikel) und notwendigem **Beweis** ergibt sich die **Schlussfolgerung**.

(macht IngenieurInnen i.d.R. keine Probleme)

## GEWALTENTRENNUNG

Auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene gibt es jeweils drei unabhängige Institutionen:

- ▶ **LEGISLATIVE**
- ▶ **EXEKUTIVE**
- ▶ **JUDIKATIVE**

Jede dieser Autoritäten kontrolliert und balanciert die Macht der anderen beiden („check & balance“)

# RECHTSORDNUNG UNTER VERSCHIEDENEN BLICKWINKELN

Einteilung nach:

- ▶ **Rang** (Verfassung, Gesetz, Verordnung)
- ▶ **erlassendem Gemeinwesen** (Bundesrecht, kantonales- und Gemeinderecht)
- ▶ **Rechtsquelle** (geschriebenes Recht, Gewohnheitsrecht, Gerichtspraxis, ZGB 1)
- ▶ **Beteiligten Personen** (Privatrecht, öffentliches Recht)



## BUND/KANTONE/GEMEINDEN

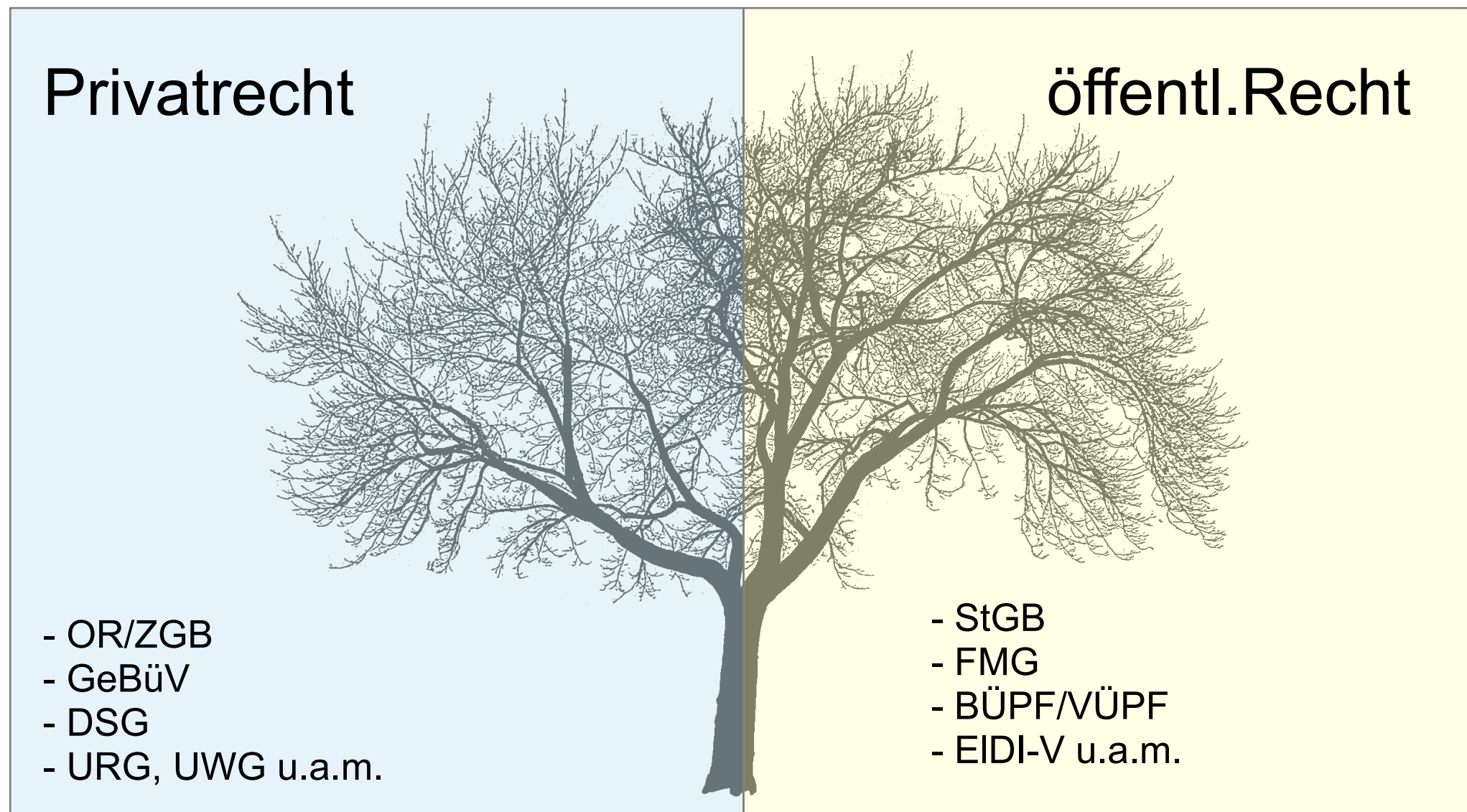
- ▶ „Das Schweizervolk und die Kantone... bilden die Schweizerische Eidgenossenschaft“ (Art. 1 BV) – **nicht umgekehrt!**
- ▶ Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist ein föderalistischer Bundesstaat. Sie besteht aus 26 weitgehend souveränen Gliedstaaten, die sich eine eigene Organisation & Verfassung geben (z.B. Art. 1 Verfassung ZH: „Der Kanton Zürich ist ein souveräner Stand der Schweizerischen Eidgenossenschaft.“)
- ▶ Grundsätzlich gilt das auch für die Gemeinden: „Art. 1 Verfassung Zürich: „<sup>4</sup>Der Kanton anerkennt die Selbstständigkeit der Gemeinden.“
- ▶ Bund (resp. jedes Gemeinwesen!) darf nur Gesetze erlassen und in einem Rechtsbereich handeln, wenn es dazu eine **verfassungsmässige Legitimation** gibt!
- ▶ Kantone stehen in der Gesetzgebungsmacht grundsätzlich über dem Bund! Kantone über den Gemeinden.

## HIERARCHIE DES RECHTS (BUND, KANTONE, GEMEINDEN)



NB: **Verordnung** ≠ **Verfügung**!

# PRIVAT-/ÖFFENTLICHES RECHT



## PRIVAT-/ÖFFENTLICHES RECHT

- ▶ Privatrecht wird vom Grundsatz der **Koalitions- und Vertragsfreiheit** beherrscht, öffentliches Recht dagegen vom **Legalitätsprinzip** (Gewaltenkontrolle).
- ▶ Völlig unterschiedliche Gerichtsbarkeit (Zivil-/Verwaltungsgericht) mit unterschiedlichen Prozessabläufen und Prozessrechten!

## RECHTSBEGRIFFE

- ▶ Zwingendes, vereinbartes und dispositives Recht
- ▶ Vermutung des guten Glaubens (ZGB 2)
- ▶ Handeln nach Treu und Glauben
- ▶ Richterliches Ermessen (ZGB 4)
- ▶ Beweislast (ZGB 8)!

## SCHWEIZ IST KEINE INSEL!

- ▶ Wir sind eingebunden in wechselseitige Rechtstraditionen und Verträge
- ▶ Vielfältige wirtschaftliche Verbindungen ins Ausland
- ▶ Nebst Völkerrecht, (bi-/multilateralen) internationalen Verträgen ist das **IPRG** (Gesetz über das internationale Privatrecht) „Hauptschnittstelle“ zwischen CH- und ausländischem Recht
- ▶ IPRG regelt, wann welches Recht (CH oder Ausland) anwendbar ist und welche Richter zuständig sein sollen.

## INSTANZENZUG

- ▶ Es reicht nicht zu wissen, welche Rechte man hat, man muss auch wissen, wie man diese **durchsetzen** kann!
- ▶ Zivil-, Verwaltungs- und Strafgerichte haben unterschiedliche Verfahren.
- ▶ Grundsätzlich aber in allen Rechtsbereichen drei Instanzen: Bezirksgericht – Kantonsgericht – Bundesgericht

## ESSENTIALS ZIVILPROZESS

- ▶ Vor dem örtlich/sachlich zuständigen Gericht
- ▶ In Zivilverfahren muss regelmässig ein Gerichtskostenvorschuss, der vom Streitwert abhängt, bezahlt werden!
- ▶ In Zivilverfahren muss der Kläger den behaupteten Anspruch beweisen - das Gericht sucht keine Beweise!
- ▶ Wer den Zivilprozess verliert, muss die **Gerichtskosten** sowie **Parteikosten** der andern Seite übernehmen!
- ▶ Wer einen Forderungsprozess gewinnt, hat das Geld noch nicht...



## ESSENTIALS STRAFVERFAHREN

- ▶ Verfahren sind in StGB & StPO geregelt. Polizei unterliegt überwiegend kantonaler Hoheit & ist dort geregelt.
- ▶ Örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus dem Tat- oder Erfolgsort.
- ▶ Für Antragsdelikte gilt eine Frist von **3 Monaten!**
- ▶ Staatsanwalt (StA) leitet Untersuchung, muss belastende & entlastende Aspekte sammeln
- ▶ Als „Opfer“ hat man nur begrenzte Einsicht in Untersuchungsmassnahmen. Ausser man bringt sich als „Privatstrafläger“ ein!
- ▶ StA stellt entweder Verfahren ein, straft (max. 6 Monaten Freiheitsstrafen und/oder 180 Tagessätze) oder überweist den Fall zur Beurteilung an das Strafgericht

## ESSENTIALS VERWALTUNGSVERFAHREN

- ▶ Verfügungen müssen durch die richtige Behörde im richtigen Verfahren und unter Angabe der Rechtsmittels dagegen erlassen werden. **Sonst ist die Verfügung nichtig!**
- ▶ Grundsätzlich immer Wiedererwägung/Einsprache gegen die Verfügung möglich, wenn neue Tatsachen auftauchen
- ▶ Gegen Verfügungen kann i.d.R. Beschwerde innert 10/20/30 Tagen geführt werden
- ▶ Je nach Gesetzesgrundlage ist kantonales Obergericht oder Bundesgericht höchste Instanz. Gegen Verletzung verfassungsmässiger Rechte immer Bundesgericht.

## WAS NEHME ICH VON HEUTE MIT?

▶ ....

▶ ....

▶ ....

